

Stellungnahme der UWA-Fraktion zum Haushaltsplanentwurf 2022

**Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,
meine Damen und Herren des Gemeinderats,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Ernst,**

Der Haushaltsplan 2020 konnte im April beschlossen werden, 2021 war dies bereits im März möglich. In diesem Jahr können wir den Haushalt schon im Februar beschließen. Wenn das Ziel auch noch nicht erreicht ist sind wir doch auf einem guten Weg.

Vorab hierzu vielen Dank Frau Kurz und ihren Mitarbeitern/-innen für das vorliegende Werk. Sie haben Recht, der vorliegende Haushalt leidet deutlich unter den gesamtwirtschaftlichen Beeinträchtigungen der Corona-Pandemie.

Auch in diesem Jahr weist der Haushalt ein negatives veranschlagtes Gesamtergebnis in Höhe von 1.243.383€ auf. Im Vergleich zum vergangenen Jahr konnte dieses Ergebnis allerdings um 624.483€ verbessert werden. Auch in diesem Jahr ist die Erwirtschaftung der Abschreibungsbeträge nicht vollständig möglich. Die anstehenden Aufgaben müssen genauer analysiert werden und Investitionen ordentlich geprüft werden in welchem Jahr die Umsetzung realisiert werden kann.

Flächennutzungsplan

In der Gemeinderatssitzung am 23. November 2020 hat der Rat die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans mit Landschaftsplan der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Backnang zugestimmt. Bis dato haben wir nichts mehr über dieses Thema gehört. Dabei ist gerade die vorbereitende Diskussion von Entwicklungsoptionen eine ganz wichtige Funktion dieses Planungsprozesses – ganz abgesehen von der gesetzlichen Verpflichtung zur Aufstellung von Landschaftsplänen.

Der Verband Region Stuttgart hat die Untersuchung Neubaugebiete und demografische Entwicklung - Ermittlung der fiskalisch besten Baulandstrategie für die Kommunen in Auftrag gegeben, bearbeitet vom Büro Ökonsult GbR Stuttgart.

Die Studie kommt zu folgenden zentralen Erkenntnissen:

1. Je weiter die Kommunen ihre Siedlungs- und Verkehrsfläche ausdehnen, desto stärker wird sich die Siedlungsdichte verringern und desto mehr Kosten für Unterhalt und Reinvestition fallen an. Etwaige Mehreinnahmen wiegen den Kostenanstieg in keinem Fall auf. Das Gefälle zwischen kommunalen Kosten und Einnahmen wird also mit neuen Baugebieten größer als ohne diese.

2. Die kommunalen Einnahmen sind eher fremdbestimmt (Steuerkraft), die langfristigen Infrastrukturfolgekosten hängen jedoch ausschließlich von eigenen Entscheidungen ab. Einnahmen aus Grundstückserlösen sind einmalig und im Verhältnis zu den dauerhaften Unterhaltungskosten von Gebäuden oder Betreuungs- und Bildungseinrichtungen zu vernachlässigen.
3. Die soziale Infrastruktur, insbesondere die Kindergärten, verursachen hohe Folgekosten. Gleichzeitig bestehen hier - auch aufgrund der Struktur der Landeszuschüsse - die größten Kosteneinsparpotenziale.
4. Infolge der demographischen Entwicklung ist es für Kommunen mittelfristig unmöglich, die soziale Infrastruktur durch Neubaugebiete auszulasten, weil die erforderlichen Wanderungsgewinne nicht zu erwarten sind. Insofern ist eine auf Zuwanderung ausgelegte Baulandstrategie sehr riskant.

Im Jahr 2011 empfahl der Bundesrat, bis zum Jahr 2025, spätestens 2030, den Flächenverbrauch auf Netto-Null zu reduzieren. Aktuell, im Jahr 2020, sind wir mit fast 60 Hektar täglich weit davon entfernt

Daraus ergeben sich für uns folgende Erfordernisse:

- **Mit Grund und Boden muss sparsam umgegangen werden**
- **Keine „Verwaisung“ der Ortskerne durch eine vorrangige Bebauung im Außenbereich – Innen- vor Außenentwicklung**
- **Ausschöpfung der Flächenpotentiale in Form unbebauter, bebaubarer Grundstücke in Bebauungsplangebieten und in unbepflanzten Innenbereichen, zum Teil auch in Form leerstehender, ungenutzter Gebäude**
- **Keine Bebauung in überflutungsgefährdeten Auenbereichen**
- **Frischluftschneisen sind freizuhalten, insbesondere im Bereich Ebersberg, Lippoldsweiler, Hohnweiler, Däfern**
- **Keine weitere Belastung der alten Ortskerne durch Verkehr aus Neubausiedlungen**
- **wir brauchen eine langfristige Standortkonzeption für unsere Einrichtungen (besonders für die Kindergärten, Hallen)**
- **dezentrale Nahwärmekonzepte in der Planung berücksichtigen**

Wir erwarten, dass der Gemeinderat zeitnah über den Stand der Planungen informiert wird.

Nur damit kann rechtzeitig über Entwicklungsoptionen beraten werden.

Verwaltung:

Die Verwaltungsstelle der Gemeinde ist als ein wichtiges Bindeglied zwischen den Bürgern und der Verwaltungsspitze zu sehen. Sie muss bürgernah und präsent sein, da sie als ein Dienstleister der Bürger unterhalten wird und somit auch in deren Auftrag handeln sollte.

Die Gemeindeverwaltung darf sich nicht hinter Öffnungszeiten, Coronabeschränkungen oder sonstigen Einschränkungen verstecken. Vielmehr muss es den Bürgern möglich sein Ihre Belange ohne bürokratische Hindernisse vorzutragen. Ansprechpartner müssen erreichbar sein und, wie auch in jedem wirtschaftlichen Betrieb, Eigenverantwortung und das Bestreben für den Bürger zu arbeiten an den Tag legen.

Projektplanung:

Bei der ersten Planung bzw. den ersten Gedanken um künftige Projekte sollte noch bevor die „eventuellen Projekte“ in eine ernste Planung gehen, diese oft nur losen Gedanken besprochen werden ohne das externe Kosten hierfür entstehen. Derzeit werden Planungsideen bereits im Vorfeld von externen Planungsbüros ausgearbeitet. Da es sich hierbei auch oft nur um erstmalige Ideen handelt, sollten diese vorab mit dem Gemeinderat durchgesprochen werden und bereits eine gewisse Struktur verliehen werden. Somit können Kosten für externe Planungsbüros eingespart werden, da auch nicht jede Idee umgesetzt wird.

Wir hoffen dass durch die Neubesetzung im Bauamt dies künftig möglich sein wird.

Ortskernsanierung Oberbrüden

Wir hoffen dass baldmöglichst die Genehmigung für die Erneuerung der Bachverdolung in Oberbrüden erteilt wird. Und daraufhin die Baumaßnahmen beginnen können. Für das Jahr 2022 sind für die Ortskernsanierung bereits 300.000€ Haushaltsmittel eingestellt worden. Wir hoffen durch eine zeitnahe Genehmigung diese Haushaltsmittel noch abrufen zu können.

Weiter setzen wir uns dafür ein, dass im Zuge der Ortskernsanierung Oberbrüden ein Versammlungsraum realisiert wird. Mögliche Standorte wären: Direkt an der Ortsmitte oder eine Vergrößerung der Bewirtungsräumlichkeit der Sporthalle.

Kinderbetreuung

Die Bereitstellung von KiTa-Plätzen ist ein wichtiges Gut im Rahmen unserer Daseinsvorsorge und im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Es kann aber nicht sein, dass die Defizite in den Städten und Gemeinden mit jedem weiteren Betreuungsplatz steigen. Dabei geht es uns nicht um Bauförderung, uns geht es vor allem um finanzielle Unterstützung für den laufenden Betrieb. Rund 65 % der Kosten bleiben bei der Gemeinde.

Im Jahr 2020 waren es rund 1.144 Mio. € Zuschussbedarf im Bereich der Kinderbetreuung, im Haushalt 2022 sind es bereits 1.264 Mio. €! Defizit - Tendenz natürlich steigend. Der

Rechtsanspruch besteht und wir haben in den letzten Jahren neben einem Anstieg der Geburten, vor allem mit einem starken Zuzug von jungen Familien zu tun. Wir sind attraktiv und unsere Kinderbetreuung/Jugendarbeit ist über Auenwald hinaus geschätzt. Unsere Erzieherinnen und Erzieher sind fachlich kompetent und sehr engagiert.

Zudem leistet sich die Gemeinde 4 Kindergärten in der Gemeinde. Zukünftig sollte darüber nachgedacht werden, ob es eine Möglichkeit gibt in Unterbrüden den Kindergarten Brückenweg und Stockrain zusammenzulegen.

Die Kinderbetreuung ist allerdings eine Aufgabe, welche die Städte und Gemeinden über Gebühr belastet. Dabei befinden wir uns noch zusätzlich im Spannungsfeld zwischen Ausbau von Plätzen und fehlenden Fachkräften. Neben den finanziellen Rahmenbedingungen müssen Bund und Land auch hier unterstützen. (Fachkräfteoffensive)

Gespannt sind wir auf die Umsetzung des Rechtsanspruches auf Ganztagsbetreuung ab 2026 für jedes Grundschulkind. Wir reden hier von rund 600.000 Betreuungsplätzen bundesweit! Ich hoffe, der Bund hat hier nicht nur ein Versprechen abgegeben, sondern kümmert sich auch um die Finanzierung.

Neben den Räumlichkeiten benötigen wir dafür natürlich auch entsprechendes Personal, was die Personalsuche für uns im Bereich der Kindertagesstätten nicht einfacher gestaltet.

Der Erweiterungsbau " Kindergarten Hohnweiler", dem der Gemeinderat, aufgrund der kontinuierlich gestiegenen Nachfrage an Betreuungsplätzen, sein Einvernehmen erteilt hat, soll im Jahre 2023 fertiggestellt sein. Der Anbau ist mit rund 1.050.000 EUR veranschlagt. Hierfür werden Landeszuschüsse aus dem Ausgleichstock in Höhe von 420.000 EUR sowie Bundeszuschüsse für die Kinderbetreuungsfinanzierung in Höhe von 264.000 EUR erwartet.

Das Hauptaugenmerk der UWA, wird auf der Einhaltung der hierfür veranschlagten Kosten liegen.

Sanierung der Verbindungsstraße Oberbrüden-Sechselberg

Die Verbindungsstraße von Oberbrüden über den Trailhof, hin zum Rottmannsberg nach Sechselberg ist in einem sehr desolaten Zustand. Die Straße hat nur eine geringe Breite und das Straßenbankett liegt tief und ist in teils noch schlechterem Zustand.

Im Zuge einer Straßen Erneuerung muss eine Notwasserleitung sowie eine Verbindungsleitung für das Internet mit verlegt werden. Im Jahr 2022 sind im Haushalt 665.000€ bereits für den Breitbandausbau bereitgestellt worden. Außerdem erwarten wir hierbei hohe Bundeszuschüsse.

Probleme in Wald und Flur

Die schöne ländliche Umgebung von Auenwald mit weiten Wanderwegen und idyllischen Wäldern lädt immer mehr Menschen zur Naherholung ein. Gerade im Zuge von Corona haben immer mehr Menschen das Wandern oder Radtouren mit E-bikes für sich entdeckt. So schön wie diese Entwicklung auch ist darf man nicht vergessen, dass auch die Natur Ihren

Platz und Ihre Ruhe braucht. Wildtiere finden weniger Rückzugsmöglichkeiten, werden bei der Nahrungssuche gestört. Junge Bäume werden niedergetrampelt oder von Mountainbike Fahrern umgefahren, da oft die offiziellen Trails nicht oder nur teilweise genutzt werden.

Das Denken der Bevölkerung, dass der Wald ein Gebiet für jedermann ist, nimmt zu. Es gibt wenig Verständnis, dass auch der Wald Privateigentum ist und die Förster, Jäger und Landwirte hier für den Schutz der Pflanzen und Tiere eintreten.

Gerade auch im Programm des Schwäbisch-Fränkischen Waldes muss hier mehr Rücksicht genommen werden.

Öffentliche Verkehrsmittel

Bei der Gestaltung der Pläne des öffentlichen Verkehrs wird meist viel Wert auf die Ausrichtung im Hinblick auf die Freizeitgestaltung gelegt. Außerdem spielt die Beförderung der Schüler eine wichtige Rolle. Um das Verkehrsaufkommen in der Gemeinde aber merklich zu reduzieren, sollten auch die Belange der arbeitenden Bevölkerung beachtet werden. Durch eine bessere Taktung der Busverbindungen wäre es für viele Bürger merklich leichter Ihren Arbeitsplatz zu erreichen. Gerade in der heutigen Zeit, in welcher die Benzinpreise Rekordhöhen erzielen und immer weiter am Steigen sind, würden sicher immer mehr Menschen auf die Nutzung eines privaten Pkws verzichten.

Brückenbau in Hohnweiler

Fährt man heute über die Brücke Hohholzstraße fährt, merkt sofort, da stimmt was nicht. Tatsächlich wurde die Brücke für den Schwerlastverkehr für das Baugebiet Hauäcker verstärkt.

Ein Blick in die Hochwassergefahrenkarte (hier wird ein Ereignis mit hoher, mittlerer und niedriger Wahrscheinlichkeit oder ein Extremereignis abgebildet) zeigt, dass bei einem HQ100 (zeigt an in wieviel Jahren das Ergebnis statistisch einmal vorkommt) der Glaitenbach eingestaut ist und es zu Überflutungen kommt.

Hier ist also dringender Handlungsbedarf angesagt.

Leider musste die erste Ausschreibung aufgehoben werden. Sodass im Herbst 2022 das Vorhaben angegangen werden kann.

Wir hoffen, dass die Ausschreibung zeitnah erfolgt, dass a) die Firmen rechtzeitig planen können und b) wir wissen, ob wir im Haushaltsrahmen bleiben.

Eine weitere Maßnahme muss Auenwald hier noch umsetzen, nämlich die Erstellung eines kommunalen Starkregenrisikomanagements bis 2026. Das Ereignis im Ahrtal zeigt überdeutlich was passieren kann. "**Gute Vorbereitung = 90% des Erfolges**". Oder anders gesagt: Wer gut vorbereitet ist, kann dem nächsten Hochwasser gelassen oder gelassener entgegensehen.

Wasserversorgung, und damit anstehende hohe Investitionen für die Versorgungssicherheit

In unserer Stellungnahme zum Haushaltsplanentwurfs am 29. März 2021 haben wir ausgeführt:

Die Verschuldung bis 2024 steigt auf über 4,5 Mio €, dies entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von rund 680 €. Bis auf höhere Wasserverbrauchsgebühren findet sich nichts in der Abschlußbeurteilung. **Wie wollen wir diese Verschuldung im heutigen Haushaltssystem je abbauen?**

Wir erinnern an unsere Aussagen vom 26. Februar 2019:

Wir tragen den Vorschlag mit, zusammen mit einem Steuerberater die Möglichkeiten zur Verringerung der hohen Schuldenlast unter Einbeziehung einer Änderung der Eigenbetriebssatzung auszuloten.

Wir brauchen eine zukunftsfähige Lösung – die die heutigen Beitragszahler nicht überfordert und gleichzeitig zukünftige Generationen entlastet.

Reden wir über diesen Punkt nochmals im Gremium? Oder hat jemand einen Vorschlag wie wir in Zukunft von dieser Verschuldung herunter kommen?

Im vorliegenden Haushalt führen Sie aus: **Es ist damit zu rechnen, dass die Verschuldung Ende 2025 auf über 5,75 Mio. € anwächst, dies entspräche einer Pro-Kopf-Verschuldung des Eigenbetriebs von rd. 860 €. Darüber hinaus sind im Erfolgsplan weiterhin erhöhte Unterhaltungskosten für den Erhalt und Betrieb der Anlagen der Wasserversorgung zu veranschlagen.**

Was tun wir nun? Konflikte anpacken: Aussitzen ist keine Lösung! Nicht mehr nur hochtrabende Pläne, die nicht umgesetzt werden, sondern ein Zeitalter des Tuns/Handeln/Umsetzen/Realisieren.

Ehrenamt

Geprägt wird Auenwald, durch die Menschen, die sich durch vielerlei ehrenamtliches Engagement in Kirchen und Vereinen aller Art, ob sportlich, sozial, musikalisch oder geschichtlich für unser Gemeinwesen einsetzen. Durch die anhaltende Pandemie wurde unser Gemeinwesen einer grossen Belastung ausgesetzt. Viele Feste konnten nicht gefeiert werden. Begegnungen, Gespräche und konstruktive Auseinandersetzungen konnten nicht stattfinden, viele Impulse konnten nicht gegeben werden. Dennoch war erfreulicherweise Solidarität, gegenseitige Unterstützung und Hilfe in unserer Gemeinschaft gerade in diesen schwierigen Zeiten sichtbar.

Das Ehrenamt gibt uns sehr viel! Wir müssen das Ehrenamt fördern, nicht nur finanziell, sondern auch Motivation und ausreichend Anerkennung für das Geleistete geben. Wir die UWA wollen unseren herzlichen Dank für Ihr bisheriges Engagement aussprechen. DANKE

Unser Wunsch an die Verwaltung wäre die Verabschiedung des Haushaltes im Dezember des laufenden Jahres.

Wir wünschen allen Bürgerinnen und Bürger ein erfolgreiches Jahr und bleiben Sie gesund.

Erich Gruber, Tanja Aberle, Franz K. Matyas und Markus Bäßler
für die Unabhängige Wählergemeinschaft Auenwald (UWA)